Morgen=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 724.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 16. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Provinzial-Regierung und Selbstverwaltung.

Berlin, Anfang Oktober.

Posens Landraths- und Lehrer-Konferenzen, Provinzial- und Städtetage geben ein erfreuliches Bild des dort erwachenden kom- munalen Lebens. Ist doch von dem letzten posener Städtetage sogar die nützliche Iniative zur sachgemäßen Vorberathung einer Städte- ordnung für die ganze preußische Monarchie ausgegangen, haben doch dort die Bestrebungen der deutschen Abgeordneten zur Erreichung einer Kreisordnung für die Provinz Posen ihre energische Unter- stützung gefunden, und giebt die Eröffnungsrede des vom besten Willen für die Entwicklung der Provinz beseelten Vorsitzenden des Provinziallandtages doch der Hoffnung Raum, daß die Reorganisation der Verwaltungsbehörden, analog der unserer Justiz, den Lebensbe- dingungen jedes wirthschaftlichen Fortschritts, des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit der Zeit einmal entsprechen werde! — In der That, es ist Zeit, daß wir den Staat mit seinen Organen nicht mehr als die einzige und wahre irdische Vorsehung be- trachten, sondern seine Thätigkeit durch Selbsttheilnahme beleben und daß wir nach Oben hin den Beweis liefern: wie wir für die Füh- rung der Gemeinde-Angelegenheiten, in kleineren und größeren Kreisen, vom Ortsverbande bis hinauf zur Provinzial-Vertretung ein den anderen Provinzen der Monarchie wenigstens ebenbürtiges Geschick und ganz denselben Beruf zur Selbstverwaltung in uns fühlen. Unterstützt durch eine patriotische, freie und unabhängige Presse werden wir die Irrthümer nach Innen und Außen überwinden lernen, mit denen Unkenntniß bis zur absichtlichen Entstellung, Inter- esselosigkeit bis zur engherzigsten Indolenz die Provinz Posen als eine Provinz à part der preußischen Monarchie fern zu halten sucht von allen neuesten Fortschritten der Gesetzgebung unserer inneren Ver- waltung, um hier an der Grenzmark des Ostens ein Terrain zu be- bauen, auf dem bis dahin die Entwicklung deutscher Eigenart und Gesittung durch das Dazwischentreten fremder und fremdartiger Ele- mente periodisch gestört, nicht nur zum Stillstande, sondern zum Rück- schritte gezwungen worden ist.

Leider zeigt sich dies Erwachen des kommunalen Lebens erst wie ein fernes Alpenglühen in den Spitzen der Bevölkerung, während das Gros unten im tiefen Dunkel, die Mittelklassen, die geborenen Träger der Ideen der Selbstverwaltung im Zwielicht der Indifferenz oder des unaufgeklärten Zweifels verbleiben, jenen Zweifeln mit seinen egoi- stischen Argumentationen der persönlichen Bequemlichkeit, des Nichts- thuns einerseits, und der Vielregiererei andrerseits. Und in der That das öffentliche Leben kann nicht erwachen so lange die Verhandlungen für das öffentliche Wohl mit dem Dunkel des Ge- heimnisses, wie es in der rein bureaukratischen Zeit der Fall war, umkleidet bleiben.

Ist man im konstitutionellen Staate jetzt selbst an höchster Stelle der ernsten Ueberzeugung, daß den wachsenden Bedürfnissen einer über anderthalb Millionen Einwohner zählenden Provinz gegenüber, die Theilnahme der Gebildeten und Einflußreichen an der Verwaltung weder in der Exekutive, noch in der Verwaltungsjurisdiktion nicht länger zu entbehren sei, nun dann lüfte man auch den Schleier, der bis dahin dem Auge des Laien die Führung der öffentlichen Angele- genheiten entzog und bilde sich die Elemente heran, die zu solcher Theilnahme gehören.

Und da gilt es sogleich einen Irrthum zu widerlegen, der so oft die jetzigen Regierungs-Kollegien bewog, gegen jeden Versuch der Selbverwaltung Front zu machen. Alle Selbstverwaltungskörper, wie sie die neuere Gesetzgebung in den Kreis- und Provinzial-Ausschüssen geschaffen, sind nicht deshalb mit der Autorität der Behörde um- kleidet, um unter der Firma „Selbstverwaltung" den Organen der Regierung **Opposition** zu machen, sondern um die sorgfältige Be- obachtung der Gesetze des Landes unter der Kontrole der Organe des Staates auf die Befriedigung der Bedürfnisse des täglichen Lebens zu übertragen. Selbstverwaltung bedeutet also in erster Linie: **Herr- schaft des Gesetzes**, dem sich die Organe des Staates wie der Ge- meinde gleichmäßig zu unterwerfen haben, bedeutet Beseitigung von Eigenmächtigkeit und Willkür. Erst in zweiter Linie bedeutet sie, die Theilnahme der Laien an der kommunalen Interessenverwaltung, das heißt das Recht den Bedürfnissen des täglich sich umgestaltenden, wirthschaftlichen Lebens einen öffentlichen Ausdruck zu verleihen, der soweit es die Gesetze des Landes erlauben, eine schnelle und entspre- chende Berücksichtigung von Seiten der Organe des Staates erfährt. Die Selbstverwaltung muß daher stets dualistisch gestaltet sein, nach Oben dem Haupterforderniß einer schnellen Exekutive entsprechend, in eine einfache Spitze, der Pyramide gleich auslaufend, nach Unten den Bedürfnissen einer möglichst großen Zahl von Gemeinde-Einge- sessenen entsprechend, die möglichst breite Grundlage geben. Dies Bild paßt auch insofern, als je höher wir in der Scala der Selbstverwal- tung steigen, desto mehr muß der kommunale Charakter der Selbst- verwaltung vor dem staatlichen zurücktreten, desto größer müssen die Gesichtspunkte sein, nach denen die sich widerstreitenden Interessen ge- geneinander abgewogen werden. Wir werden das sogleich an dem Beispiel der Wegeordnung, ein auf der Tagesordnung stehendes Thema, zu zeigen suchen.

Die Reorganisation unserer Verwaltungsbehörden fordert also hauptsächlich die Aufhebung der Verwaltungskollegien. Sie will keine schwerfällige Kollegien, sondern reine Exekutivbehörden mit einer von ihnen unabhängigen, und daher getrennten Beschwerdeinstanz; sie will die Ausführung und Durchführung des gesetzlichen Willens durch die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte im öffentlich kontradiktorischen Verfahren sichern. Das mit Laien gemischte berathende Kollegium soll auf die sorgfältige Prüfung der dem Willen zu Grunde liegenden Thatsachen nach der doppelten Richtung des öffentlichen Interesses und des geltenden öffentlichen Rechtes beschränkt bleiben. Darin liegt die dua- listische Richtung des in dem verfassungsmäßigen Geiste neugebildeten königlichen und öffentlichen Beamtenthums. Es soll nicht mehr jeder Beamte Selbstinterpret der Verfassung und der Verwaltungsgesetze sein, es soll ihm nicht mehr überlassen bleiben, alle Gesetze, die zur Beschränkung seiner Verwaltung bestimmt sind, nach eigenem Ermessen auszulegen, er soll nicht mehr in bureaukratischer Ueberhebung ohne Angabe von Gründen Beschwerden abweisen, oder vom grünen Tisch aus Dekrete erlassen dürfen; sondern er soll inmitten der lebendigen Gegenwart stehend, sich seiner Verantwortlichkeit vollständig bewußt, sich ernstlich bestrebt zeigen durch Rath und That die Befriedigung der Bedürfnisse des Ortes und des Augenblicks mit den Interessen des Ganzen gesetzlich und dauernd in Einklang zu bringen. Das ist eine lebensvolle und des Lebens würdige Aufgabe, deren Erfüllung nur dazu beitragen kann, die Macht, den Einfluß, daß öffentliche Ansehn und Vertrauen des Beamten zu erhöhen.

Treten wir, um gleich einen greifbaren Gegenstand zu haben, von den mehr theoretischen Erörterungen auf das praktische Gebiet des täglichen Lebens, und beleuchten wir nach den obigen Gesichtspunkten eine Frage, mit deren Beantwortung doch der Anfang gemacht wer- den muß für jede Thätigkeit der Selbstverwaltung, die Wegeordnungs- frage nämlich, denn was helfen alle geistigen Erörterungen, wenn die Menschen nicht leiblich ohne Gefahr ihres Lebens zu einan- der kommen können! — Da tritt nun an die Provinzial-Behörde sogleich eine doppelt schwierige Aufgabe heran! einmal der System- losigkeit und Kostspieligkeit unseres Kunststraßenbaues ein Ende zu machen, zweitens Organe zu bilden, welche alle öffentlichen Straßen jeder Zeit erkennbar und fahrbar erhalten. Zwischen die Kunststraße, die kostspielige Chaussee, und den unfahrbaren Landweg gilt es zu- nächst ein Mittelding, den chaussirten Wege einzu- fügen, so daß nach dieser Klassifikation, die Provinz die Chausseen, die Kreise die chaussirten Wege, die Gemeinden die öffentlichen Land- wege nach bestimmten Regeln zu bauen und zu unterhalten haben. Die Provinz stellt ein Wegebaunetz auf nach dem zweifachen Gesichtspunkte eines großen zusammenhängenden Planes und einer den lokalen Be- dürfnissen der einzelnen Kreise entsprechenden Linie; sie bildet ihren Wegeverband, dem sich der jedes einzelnen Kreises ebenso organisch einfügt, wie die einzelnen Gemeinde-Verbände sich dem des Kreises unterordnen. Alle Modifikationen des Gesammtplanes müssen der Be- schlußfassung der Provinzialvertretung, alle Abweichungen der Lokal- linien der der Kreisvertretung vorbehalten bleiben. Entsprechend der Provinzial-Dotation und dem Provinzialvermögen wird für die Durch- führung des Gesammtplanes ein Zeitraum, für die Unterstützung der einzelnen Kreise ein Maßstab fixirt, der bei dem Ausbau der eigent- lichen Kreischausseen oder chaussirten Wege den Provinzialzuschuß in geometrischer Progression zu den eigenen Leistungen des Kreises ge- währt, so daß ein Kreis, der zum Ausbau seines Wegenetzes 4 Umla- gen beschließt, ebenfalls 4, bei 6 schon 8, bei 8 Umlagen schon 12 von der Provinz als Zuschuß erhält. In demselben Sinne verfährt der Kreis mit seinen Gemeinden, wenn sie den Ausbau der Gemeindewege energisch in die Hand nehmen. Auf diese Weise werden die freiwilli- gen Leistungen der Wegeverbände anerkannt und der Ausbau des Straßennetzes beschleunigt. Durch dies System verringert sich in Hannover der Ausbau des beschlossenen Wegenetzes für die Pro- vinz von 27½ Jahren auf 9 Jahre, eine Provinz die auch in an- derer Beziehung Mustergiltiges leistet, sich nicht nur mit guten Wegen, der Wiederaufforstung oder Urbarmachung von Wü- steneien begnügt, sondern auch; für die Organisation des ländlichen Realkredites dem Kleinbesitz gegenüber, und die Entwicklung ländlicher Mittelschulen die Mittel des Staates flüssig zu machen weiß, eine Kunst, die wenn man auf die 4½ Millionen Mark für Schleswig-Holstein blickt, den neuen Provinzen überhaupt eigen zu sein scheint, während man ein Recht zu haben glaubt, in den alten Provinzen Alles beim Alten zu lassen! —

H. v. H.

Von einem seit 20 Jahren nicht mehr aktiven Militär gehen uns mit dem Ersuchen um Aufnahme folgende Zeilen zu:

Ueber die Kreirung von 275 Stabsoffizierstellen in unserer Armee ist in letzter Zeit viel, und zwar meist gegen die Einführung derselben geschrieben worden.

Man hat dabei nur die Verhältnisse wie sie jetzt liegen in's Auge gefaßt und ist nicht auf die Verhältnisse der Armee vor der Reorganisation zurückgegangen, was doch unbedingt nothwendig ist, um sich ein richtiges Urtheil über diese Angelegenheit zu bilden.

Vor der Reorganisation hatte, da die Bataillons-Kommandeure der Landwehr sich durch Stabsoffiziere der Linie ergänzten, jedes Infanterie-Regiment mit dem korrespondirenden Landwehr Regiment zusammen 8 Stabsoffiziere, während gegenwärtig dieselben Truppenkörper davon nur 5 besitzen, da die Bezirks-Kommandeurstellen mit inaktiven Stabsoffizieren besetzt werden.

Zu jedem Linien Infanterie Regiment gehört auch jetzt ein Landwehr-Regiment, jedoch nur in Stärke von 2 Bataillonen. Würden diese mit zwei Stabsoffizieren von der Linie besetzt, dann hätte ein Infanterie-Regiment mit Einschluß des korrespondirenden Landwehr-Regiments 7 Stabsoffiziere, mithin einen weniger als vor der Reorganisation.

Die alte Einrichtung, wonach die Landwehr-Bataillone mit Stabsoffizieren aus der Linie besetzt wurden, hat sich durch fünfundvierzig Jahre hindurch bewährt, warum sollte sich diese Einrichtung nicht auch jetzt bewähren. Ein so häufiger Wechsel in den qu. Stellen hat früher nicht stattgefunden, jedenfalls nicht so häufig als jetzt, und das gute Einvernehmen mit dem Publikum war stets ein recht befriedigendes.

Ein großer Uebelstand liegt auch gegenwärtig in der schlechten Dotirung der Bezirks-Kommandeurstellen und ist die Aufbesserung derselben, falls diese Stellen nicht von Stabsoffizieren der Linie besetzt werden, nur eine Zeitfrage.

Daß die Armee, trotz der 8 Stabsoffizierstellen per Infanterie-Regiment, vor der Reorganisation kein glänzendes Avancement gehabt, weiß jeder, denn Lieutenants mit vierzig Jahren und mehr waren keine Seltenheit.

Jetzt, wo die Armee in die früheren Friedensverhältnisse zurückgekehrt, und in demselben voraussichtlich noch recht lange verbleiben wird, macht es sich schon recht fühlbar, daß per Infanterie-Regiment drei Stabsoffizierstellen gegen früher weniger sind, und es ist Aussicht für den Nachwuchs vorhanden, sich recht lange in den untern Chargen aufzuhalten; jedenfalls würden sich die Avancementsverhältnisse der Armee bei einem längeren Frieden dann noch schlechter gestalten als vor der Reorganisation.

Diesem Umstande ist es wohl zuzuschreiben, daß der Eintritt auf Avancement recht nachgelassen und viele Regimenter schon jetzt vakante Offizierstellen und Mangel an Offizieraspiranten aufzuweisen haben.

Unsere Armee, die sich in 3 Feldzügen so ruhmreich bewährt, verdient jedenfalls in jeder Hinsicht intact erhalten zu werden, wozu die Kreirung der 275 Stabsoffizierstellen unbedingt gehört.

v. B.

Deutschland.

△ **Berlin**, 14. Oktober. Die letzte „Prov. Korresp." streift in ihrer Besprechung der Kaiserreise nach Italien auf den Aufstand in Bosnien. Sie sagt, daß die gemeinsame Politik der großen Staaten Europas „gerade in den letzten Wochen ihre Kraft durch die Beseitigung drohender Gefahren auf einem der schwierigsten Gebiete der internationalen Politik bewährt hat." Aus dieser Auslassung des halbamtlichen Blattes glaubte die „Nat. Ztg.", nachdem sie als bemerkenswerth hervorgehoben, daß zum ersten Male durch ein Regierungsorgan auf die durch den Aufstand in Bosnien geschaffene Situation Bezug genommen worden, konstatiren zu können, daß jene Gefahr als beseitigt angesehen werden könne und schließt daraus, daß entgegengesetzt den aus Frankreich und England kommenden Nachrichten eine Einmischung in die türkische Finanzfrage nicht stattfinden werde. Es bleibe nun dahingestellt, wie weit diese Erwartung der „Nat. Ztg." berechtigt ist, jedoch ist zu konstatiren, daß die „Prov. Korr." lediglich auf das Zurücktreten der aus dem bosnischen Aufstande geschaffenen Schwierigkeiten hingewiesen, aber keineswegs eine Garantie für die glückliche Lösung der finanziellen Krisis in der Türkei übernommen hat. (Soweit ist wohl auch die „Nat. Ztg." in ihrer Annahme nicht gegangen. — Red. d. Pos. Ztg.) — Aus Schlesien ist bekanntlich gemeldet worden, daß der Fürstbischof Förster durch ein Dekret, welches vom 12. d. Mts. datiren soll, das fürstbischöfliche Vikariat-Amt und das Konsistorium aufgelöst hat. Von einigen Seiten wird nun dieser Akt als ein ungesetzlicher bezeichnet und als eine neue Auflehnung gegen die Staatsgewalt, da der Fürstbischof, als er dieses Dekret erlassen habe, schon durch richterliches Erkenntniß seines Amtes enthoben worden war. Die Staatsbehörde habe daher das Recht, weiter gegen ihn vorzugehen und ihn seiner Staatsangehörigkeit verlustig zu erklären. Diese Auffassung der von dem Fürstbischof ergriffenen Maßregel dürfte jedoch nicht zutreffend sein. Derselbe ist allerdings seines Amtes verlustig erklärt worden, thatsächlich aber tritt seine Amtsentbehung erst ein, wenn das betreffende Erkenntniß in amtlicher Form ihm insinuirt oder publizirt worden ist. Bis zu diesem Termine können Dekrete des bisherigen Fürstbischofs wohl nicht als ungesetzliche bezeichnet werden. — Was übrigens die Bedeutung des erwähnten Dekrets betrifft, so sind auch darüber die Meinungen getheilt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er durch Auflösung der Oberbehörden den Geistlichen der Diözese in Bezug auf ihre künftige Stellung zu den Staatsbehörden hat freie Hand geben wollen, worum manche Geistlichen in Posen ihre schlesischen Amtsbrüder beneiden dürften. — Der Oberbürgermeister Becker aus Dortmund und der Stadtrath Geismer aus Elbing sind in Folge der Präsentation durch die städtischen Behörden durch königlichen Erlaß auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen worden.

— Ueber die Depeschenbeförderung an den Kaiser nach Italien wird mitgetheilt, daß vom 16. ab die Depeschen an den Kaiser von hier durch Postkuriere Abends 8 Uhr vom Anhalter Bahnhof abgesendet werden und die Ankunft in Mailand am zweiten Tage nach Abgang 3,55 Uhr Nachmittags erfolgt. Mit anderen Eisenbahnzügen erfolgt die Absendung von Depeschen mittelst Postpackete nur auf spezielles Verlangen der Absender. Die Einlieferung der Depeschen in Berlin hat spätestens um 7 Uhr Abends bei der Kabinetsexpedition im Hauptpostgebäude stattzufinden.

— Ein an den Kriegsminister gerichteter Allerhöchster Erlaß vom 28. v. M. hat folgenden Wortlaut:

„Auf Ihren Vortrag genehmige Ich, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich der Instruktion über die Behandlung und Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen, vom 11. Dezember 1866, der Verordnung, betreffend die Organisation der Landwehrbehörden und die Dienstverhältnisse der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, vom 5. Septbr. 1867 und der Verordnung, betr. die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes, vom 4. Juli 1868, zur militärischen Ergänzung der von Mir unterm heutigen Tage genehmigten Wehrordnung die beiliegende Heer-Ordnung."

Letztere wird nicht bekannt gemacht, sondern direkt an die Betheiligten erfolgen. Zur Ausführung der Bestimmungen der Heerordnung hat der Kriegsminister unterm 6. d. M. festgesetzt:

1) Die unter dem gesetzlichen Normgehalte entlassenen Offiziere treten, ohne daß es einer weiteren Ordre bedarf, zu dem Offiziercorps derjenigen Landwehrbataillone über, in deren Bezirke sie kontrolirt werden. Die zur Reserve Uebertretenden sind dem Kaiser zu Reserveoffizieren bestimmter Truppentheile vorzuschlagen. Sollten sich Persönlichkeiten zur Einrangirung nicht eignen, so ist deren Ver-

abschiedung nachzusuchen. 2) Die weitere allmälige Herabsetzung der Dienstverpflichtung im Sinne des § 18 des Wehrgesetzes bleibt vorbehalten. 3) Ein Umschreiben der Landwehr-Stammrollen findet nicht statt; für Neuaufstellungen sind die Bestimmungen der Landwehr-Ordnung maßgebend. Im Uebrigen befinden die Generalkommando's über die Ueberführung in den neuen Geschäftsgang. Für alle in Betracht kommenden Terminaleingaben sind die in der Heerordnung festgesetzten Termine von jetzt ab allein maßgebend.

Ein französischer Militärintendant ist im Auftrage seiner Regierung hier anwesend, um die preußischen Militäreinrichtungen und speziell das Militärverwaltungswesen kennen zu lernen. Derselbe besichtigte in Begleitung eines hiesigen Intendantur-Beamten bereits mehrere Militäranstalten und informirte sich sehr eingehend von deren Einrichtungen, Ausstattung und dem Geschäftsgange der Verwaltung. Der deutschen Sprache ist er vollkommen mächtig.

— [Personalien.] Die Ernennungen für die Räthe des obersten Verwaltungsgerichtshofes sind, wie verlautet, bereits vollzogen, wenn auch die Veröffentlichung der Namen bis zur Rückkehr des Kaisers aus Italien unterbleiben dürfte. Professor Gneist wird als Stellvertreter des Vorsitzenden (bekanntlich Geh. Rath Persius) Mitglied dieses hohen Gerichtshofes sein. — Die aus einer lithographirten Korrespondenz stammende Nachricht, daß dem Abg. Dr. Löwe-Calbe die Direktorstelle in dem zu errichtenden Reichsgesundheitsamte angeboten worden sei, wird jetzt als unbegründet bezeichnet. — Der erste Gebrauch, welchen Lasker von seiner wiedererlangten Gesundheit gemacht, hat ihm in den Reihen der berliner Hausbesitzer eine Anzahl von Gegnern zugezogen. Er hat sich nämlich gegen das Projekt, unter dem Namen „Handvesten" den Hausbesitzern seitens des städtischen Pfandbrief-Institutes auch Darlehne zur zweiten Stelle zu gewähren, mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. — Der würtembergische Staatsrath v. Goppelt, Großhändler in Heilbronn, von März 1848 bis Mai 1819 würtembergischer Finanzminister, Mitglied des ersten deutschen Reichstages für Heilbronn und als solches der nationalliberalen Partei angehörend, ist im 76. Lebensjahre gestorben. — Der Wirkliche Geheime Rath und Präsident der Seehandlung Bitter hat sich nach Bromberg begeben.

— Wir haben den Beschluß des versammelt gewesenen Ausschusses des Landes-Oekonomiekollegiums bereits mitgetheilt. Der Wortlaut des einstimmig angenommenen von dem Referenten Richter gestellten Votums ist dieser:

„Kollegium wolle beschließen: Se. Exzellenz den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zu ersuchen: Daß derselbe in seiner Eigenschaft als Mitglied des königlich preußischen Staatsministertums dahin wirke, daß die Stimmen Preußens im Bundesrathe des deutschen Reiches dahin abgegeben würden, jede Modifikation oder Sistirung des Gesetzes vom 7. Juli 1873, sowie sonstige Anträge in protektionistischem Sinne abzulehnen.."

Breslau, 14. Oktober. Der kommandirende General des 6. Armee-Corps, General der Kavallerie, v. Tümpling, hat dem „Frdbl." zufolge einen mehrwöchentlichen Urlaub nach Süddeutschland, der Schweiz und Oesterreich angetreten.

Koblenz, 13. Oktober. Zur Vorberathung einer Gedächtnißfeier des hundertjährigen Geburtstages des Freiheits-Apostels und nachherigen Vorkämpfers der ultramontanen Partei, J. v. Görres, der am 25. Januar 1776 in Koblenz geboren ist, haben die hervorragendsten Vertreter der genannten Partei am 9. d. M. dort eine Zusammenkunft gehalten; erschienen waren u. A. Appellationsgerichtsrath Reichensperger, Oberbürgermeister a. D. Kaufmann, Freiherr v. Loë. Es wurde beschlossen, eine Görresgesellschaft zur Pflege der „Wissenschaft im katholischen Deutschland" zu gründen.

München, 13. Oktober. Das Schiedsrichteramt in dem Streite über die Sekundogeniturerbschaft zwischen den Prinzen Otto und Luitpold hat, der „S. P." zufolge, auf den Wunsch der beiden Betheiligten sowohl als in der Eigenschaft als Chef des königlichen Hauses der König übernommen. — Das bereits erwähnte Handschreiben, welches der König anläßlich der Enthüllung des Maximilians-Denkmals an den Reichsrath v. Pözl gerichtet hat, lautet:

„Hr. Reichsrath Dr. v. Pözl! Das baierische Volk hat Meinem unvergeßlichen Vater, Seiner Majestät dem Könige Maximilian in der Hauptstadt ein herrliches Denkmal errichtet und hierin wieder jene treue Liebe und Anhänglichkeit bekundet, welche die Geschichte des Baierlandes so oft und in so rührenden Zügen verzeichnet. Es ist Mir Bedürfniß, vor allen Gefühlen, welche mich heute, am Tage der Enthüllung des Standbildes, bewegen, dem des Dankes für dieses weihevolle Andenken an den theuren Verewigten Worte zu verleihen. Dem treuen Volke, aus dessen einmüthigem Zusammenwirken die für die spätesten Zeiten bleibende Huldigung hervorgegangen ist, sei dieser Dank hiermit aus ganzer Seele ausgesprochen. Zudem aber giebt Mir die heutige Feier der Erinnerung Anlaß, Ihnen zu sagen, daß Ich mit Wohlgefallen die verdienstreiche Thätigkeit würdige, welche die Mitglieder des Zentralausschusses, der Kreis- und Lokal-Komité's und insonderheit das Vollzugs-Komité in München der Errichtung und Enthüllung des Denkmals zuwendeten. Unter Ihrer Leitung haben dieselben ihre Mühe einem Werke gewidmet, das als Zeichen der alten Baierntreue wie als Kunstwerk dem Lande und Meiner Hauptstadt stets zur Zierde gereichen wird; sie alle haben sich Meine vollste Anerkennung erworben. Ich trage Ihnen, Herr Reichsrath, auf, diese Zeilen bekannt zu geben, und bin mit der Versicherung besonderer Werthschätzung Ihr gnädiger König Ludwig. Schloß Berg, 12. Oktober 1875."

Die ultramontanen Blätter plaidirten bei Gelegenheit der Denkmalsenthüllung für den Erlaß einer Amnestie für Zivil- und Militärgefangene. Das „Regensb. Morgenbl." machte dafür Folgendes geltend:

Noch nie, so lange wir uns für öffentliche Angelegenheiten interessiren, war die Zahl der Verurtheilten so bedeutend, wie sie seit den jüngsten Jahren und nur selten wurde unter der Herrschaft der alten Gesetze, namentlich in Preßsachen, so strenge und lange Strafdauer ausgesprochen. Es ist hier nicht am Platze, das Warum zu besprechen und wir entschlagen uns auch, das schreckliche Gemälde zu entrollen, welches sich den Besuchern der Gefängnisse und Festungen bietet. Möchte der schöne Festtag Friede und Gnade bringen!

Natürlich haben die klerikalen Blätter dabei hauptsächlich ihre eingesperrten Gesinnungsgenossen, z. B. Dr. Sigl, im Auge gehabt; von dem Erlaß einer Amnestie aber ist bis jetzt nichts bekannt geworden. — Uebermorgen findet die feierliche Enthüllung und kirchliche Benediktion der der Gemeinde Oberammergau von dem König geschenkten Kreuzigungsgruppe statt. Als Bevollmächtigter Sr. Maj. fungirt der Generalkapitän Frhr. v. La Roche, der Erzbischof von München-Freising vollzieht die kirchlichen Funktionen.

Oesterreich.

Wien, 13. Oktober. Man hat es von vorn herein gewußt, und der ungarische Finanzminister hatte es ja selbst verkündigt, daß die Ungarn die Kanonenforderung des Herrn von Koller ohne Rücksicht auf die Finanzmisere hüben und drüben bewilligen würden. Die Motive hiefür hat uns Herr Maurus Jokay, der bekannte Romanschriftsteller und Redakteur, gegenwärtig ungarischer Delegirter, in der letzten Delegationssitzung bekannt gegeben. „Was dann", sagte Herr Jokay unter Anderem, „wenn die Geschichte über ein Land zur Tagesordnung übergeht?" . . . „Wäre ich ein Deutscher, so würde ich auf diese Frage eingehen. Die Deutschen in Oesterreich fänden gleich ein anderes Vaterland, aber wir Ungarn verlören mit diesem Reiche Alles, wir finden auf der ganzen Welt kein anderes Vaterland." Darum bringe der Ungar jedes Opfer für die Erhaltung der Monarchie.

Das Wort hat wie eine Bombe eingeschlagen. Und das ist erklärlich. An höchster Stelle kann man es nicht goutiren, so trocken an die Möglichkeit erinnert zu werden, daß die Elite der Bevölkerung „gleich ein anderes Vaterland fände." Diese selbst fühlt sich wiederum auf das Peinlichste berührt. Namentlich diejenigen, welche ihr alleinseligmachendes Oesterreicherthum zu proklamiren lieben, protestiren etwas gar zu demonstrativ gegen diese Insinuation und erklären, kein „anderes Vaterland" finden zu wollen. Den Ultramontanen steigt die Galle bei dem bloßen Gedanken an jenes „andere Vaterland" der österreich. Deutschen, und diese beiden Parteien thun so, als stünde der Augenblick schon vor der Thüre, in welchem die Geschichte über Oesterreich „zur Tagesordnung übergehen" sollte. Daß die ganze Erregung eine mehr künstliche ist, beweist die Thatsache, daß diese Herren selbst erst kürzlich den gesteigerten Einfluß und die größere Macht Oesterreichs mit aller Genugthuung hervorgehoben haben, und daß sie demnach sehr gut wissen müssen, die Gefahr sei durchaus noch nicht groß, und sie können vor der Hand noch im alten Vaterlande verbleiben.

Gleichwohl ist das Wort Jokay's eben so kühn als rücksichtslos und zynisch zugleich. Es spricht dem Deutsch-Oesterreicher keck allen Patriotismus ab, um die magyarische Loyalität in hellstem Strahlenglanze erscheinen zu lassen. Und diese Pointe eben ist die bedeutsamste. Sie hat einen Sinn, den die Cisleithanier ohne Unterschied der Parteistellung sehr gut verstehen und — fürchten. Man weiß, daß sich Ungarn von jeher auf die Entscheidung der Krone verlassen hat, wenn es sich darum handelte, die Differenzen zwischen den beiden Reichshälften auszugleichen. Früher, so lange die Partei des großen Deak am Ruder war, erfreute sich die östliche Hälfte der Monarchie bis zu einem gewissen Grade allerdings der Sympathien der Krone, und manchmal „duckte" man sich hier in Rücksicht auf dieses zarte Verhältniß zwischen der höchsten Instanz und dem einen Partner. Seitdem die ehemalige staatsrechtliche Opposition, die naturgemäß jene Sympathien der Krone sich erst zu erwerben hatte, zur Macht gelangt ist, sucht man in Budapest in jeder möglichen Weise der Krone zu verstehen zu geben, daß sie auf Ungarn unter allen Verhältnissen am sichersten rechnen dürfe. Man wird nach alledem verstehen, was damit gesagt sein soll: Die Deutschen finden bald ein anderes Vaterland, aber wir Ungarn müssen im eigenen Interesse Oesterreich aufrecht erhalten. Nun stehen schwere Kämpfe zwischen Ungarn und Oesterreich bevor — die Ausgleichsfrage — man wird also begreifen, wie doppelt peinlich hier alle Welt von der „moralischen Ohrfeige" des Herrn Jokay berührt wurde.

Italien.

— Ueber die **Bedeutung der Kaiserreise** nach der Auffassung der offiziösen „Opinione" erhält die „A. A. Ztg." eine bemerkenswerthe Korrespondenz aus Mailand vom 10. Oktober, in der die freudige Zustimmung der „deutschen Freunde Italiens" zu dem auch von uns bereits auszüglich mitgetheilten Ideengang des maßgebenden italienischen Blattes ausgesprochen wird. Die Korrespondenz beginnt:

Final mente! Endlich hat doch ein regierungsfreundliches Blatt den Muth gehabt, auszusprechen, was jeder Klarsehende längst begriffen hat; endlich hat man es gewagt, Farbe zu bekennen. Wie lange hat es gedauert! Wie lange hat man geschaukelt, wie lange gezögert, bis man sich entschlossen hat zu rufen: „Hie Waibling!" Der Besuch Kaiser Wilhelms ist nur eine Höflichkeitssache, nichts weiter, so hieß es. Der greise Herr erwiedert den Besuch des Königs von Italien; im übrigen aber bleiben die Sachen beim Alten. Der heutige Artikel der „Opinione" macht dem allen ein Ende, und spricht die wahre Meinung und Bedeutung des kommenden 18. Oktober unumwunden aus. Man nehme dieses lange zurückgehaltene Glaubensbekenntniß deßhalb noch nicht für den direkten Gesinnungsausdruck der Regierung. Ein eigentlich ganz offiziöses Organ, wie die „Provinzial-Korrespondenz" in Berlin, besteht in Italien nicht. „Opinione" und „Italia", „Nazione" und „Perseveranza", „Gazzetta d'Italia" und „Fanfulla" vertheidigen im allgemeinen die Regierungspolitik, jedoch mit Unabhängigkeit, mit Reserve, mit Freiheit der Kritik. Sie stehen in Verbindung mit den Ministern oder mit den Staatsmännern welche kein Ministerium der nationalliberalen Partei in wichtigen Umständen unkonsultirt lassen kann noch läßt, wie Ricasoli, Sella u. a.; aber diese Verbindung besteht eben mehr mit einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten der herrschenden Partei als mit dem Gesammtministerium. Die Aeußerungen der „Opinione", des ältesten und verbreitetsten, wohl auch einflußreichsten der Regierungsblätter, haben darum, ohne unmittelbar aus der Konsulta oder Minerva inspirirt zu sein, doch ihre eminente Bedeutung: denn es ist zum erstenmal, nicht nur seit dem Ausbruch des Kulturkampfes, sondern seit dem Frieden von Nikolsburg, daß die herrschende Partei diesen Ton anschlägt. — — —

Zum Schluß zitirt der Korrespondent die Worte der „Opinione": „Es giebt keinen Mittelweg, entweder mit den Klerikalen oder mit dem Staat, entweder Verbündete des Vatikans oder Verbündete Deutschlands. In diesem Krieg kann keine Macht neutral bleiben, da die höchsten Interessen aller Völker darin ausgefochten werden!" und knüpft daran folgende Bemerkung:

Mehr verlangen wir ja nicht, haben wir nie verlangt, wir deutschen Freunde Italiens, die wir immer ein enges Bündniß ge-

---

Interimstheater.

Moser's schnell beliebt gewordenes Lustspiel „Der Veilchenfresser", welches noch immer das Repertoir des berliner Wallnertheaters beherrscht, ging am Donnerstag neu besetzt in Szene. Die erste Aufführung auf der hiesigen Bühne erfolgte bekanntlich kurz vor dem Schluß der Sommersaison; die Erinnerung daran wird also beim Publikum noch lebendig gewesen sein. Die neueste Darstellung gab der früheren durch andre Künstler nichts nach; sie bestärkte uns in der guten Meinung, die wir durch vorangegangene Leistungen von den ersten Kräften der neuen Schauspielgesellschaft bereits gewonnen hatten.

Herr Groth gestaltete den „Veilchenfresser" sehr liebenswürdig: elegant in der Erscheinung, distinguirt in Wesen und Manieren, dürfte er den Intentionen des Dichters durchaus entsprochen haben. Dabei fehlte es ihm nicht an Humor, und die bekannte Operation an der blauen Bouquetschleife gelang ihm vollkommen. Dabei zeigte sich übrigens, daß auch noch so lustige dramatische Einfälle doch nur von einmaliger Wirkung sind. Gerade diese Szene, die bei der ersten Aufführung des Stücks so außerordentlichen Erfolg hatte, ging diesmal ziemlich wirkungslos vorüber. Für künftige Fälle gestatte uns Herr Groth die Bemerkung, daß ein Offizier, der sich dienstlich bei einem Vorgesetzten im Zimmer meldet, nicht mit bedecktem Haupte auftritt und auch, nachdem er die Kopfbedeckung — Helm oder Czako — abgenommen, nicht grüßend die Hand an der Stirn hält. Derartige kleine Verstöße werden gerade in einer Festung wie Posen, wo man die militärischen Formen kennt, beachtet.

Sehr fein spielte Frl. v. Kaler die Partnerin des „Veilchenfressers", die Wittwe von Wildenheim; man hatte das Gefühl, daß die Künstlerin ihre Rolle beherrsche und folgte ihren Ausführungen mit Interesse. Ohne Uebertreibung und doch ansprechend gab Herr Brose den schüchternen Referendarius v. Feldt. Seine Auffassung der Rolle, welche die Unbeholfenheit des Referendars hervortreten ließ, war originell. Von den übrigen Mitwirkenden haben wir im Besonderen noch der Damen Wilke (Valeska) und Zampa (Minna) sowie der Herren Winguth und Cruse zu gedenken. Der erstere vertrat den Oberst v. Rembach, der letztere den Unteroffizier Penibel in anerkennenswerther Weise.

E.

Zur Wohnungsfrage in Posen.

Wie in Posen so ist auch in anderen größeren Städten der Michaeli-Umzug diesmal umfangreicher denn je gewesen. Daß diese bedeutsame Erscheinung in der Presse so wenig Beachtung und Erklärung gefunden hat, daran ist wohl nur der Umstand Schuld, daß die Zeitungen heut mit Parlamenten, Kongressen und Prozessen übervoll beschäftigt sind. Auch uns gebricht es an Raum und Zeit zu einer gründlichen Untersuchung der Ursachen und Wirkungen dieser Thatsache, indessen wollen wir ein paar naheliegende Bemerkungen nicht unterdrücken.

Die Wohnungsfrage hat in Posen einen anderen Verlauf gehabt als in Berlin und anderen großen Städten. Dort begann der Nothstand erst im Jahre 1871 — und zwar mit der kolossalen Steigerung aller Bedürfnisse, aller Löhne und Preise. In Posen aber kannten wir schon vorher den Wohnungsmangel. Beamte, welche hierher versetzt wurden, beeilten sich, die Wohnung ihres Vorgängers zu miethen, und Ehestandskandidaten mußten oft um Viertejahre die Vervollkommnung ihres Glückes verschieben, weil sie kein häusliches Unterkommen fanden, selbst wenn sie mit dem Raum in der kleinsten Hütte zufrieden gewesen wären. Ebenso schlimm erging es den ledigen Chambregarnisten, welche Tage lang die Straßen durchirren, und Trepp' auf, Trepp ab keuchen mußten, ehe sie ein passables Logis fanden. Besonders aber fehlte es an kleinen Wohnungen, und die Frage, wie können den Unbemittelten, den niederen Beamten und Handarbeitern, billigere und gesündere Wohnungen beschaft werden, bildete früher in Vereinen ein beliebtes Thema der Besprechung.

Heut haben sich alle diese Sorgen bedeutend vermindert. Die nach der Beendigung des Milliarden Krieges erwachte Unternehmungslust wandte sich hierzulande hauptsächlich dem Häuserbau zu und kam damit einem dringenden Bedürfnisse entgegen. Trotzdem stiegen auch in unserer Stadt die Miethspreise um 10, 20 und 30 Prozent, ganz wie die Preise aller anderen Dinge. Das Geld hatte eben an Werth verloren, so daß die Häuser, welche kurz vor dem Kriege mit 20 und 30 Tausend Thaler gekauft worden waren, nach dem Kriege einen Kaufpreis von 30 bis 50 Tausend erlangten. Auch damals, in der Zeit der Gründungsperiode, waren die Oster- und Michaeli Umzüge außergewöhnlich stark. Aber dieser starke Wohnungswechsel hatte damals zum größeren Theil die entgegengesetzte Ursache wie heut. Das Bestreben der wohlhabenderen Klassen sich bessere Wohnungen zu beschaffen, und die Noth gewisser Miether, welche billigere Wohnungen suchten, mögen wahrscheinlich Diesen und Jenen zum Umzuge bewogen haben. Indessen die Hauptursache war jedenfalls die Steigerung der Miethspreise, welche die Hauswirthe über ihre Miether verhängten; heut im Gegentheil liegt die Ursache des starken Wohnungswechsels in der Herabdrückung der Miethspreise, zu welcher die Miether ihre Hauswirthe zu nöthigen suchen, indem sie ihre frühere Wohnung verlassen.

Wie man hieraus sieht, bedeutet ein ungewöhnlich starker Umzug fast immer eine Preisveränderung, eine Steigerung oder Herabsetzung der Boden- resp. Häuserpreise. Es würde jedenfalls besser sein, wenn sich Wirth und Miether friedlich über einen neuen Kontrakt, den neuen Preisverhältnissen angemessen, einigen möchten; die Miether würden dadurch die Kosten des Umzugs, die Vermiether alle die Schädigungen ersparen, welche jeder Umzug in der Wohnung, an Treppen und Hausflur zur Folge hat. Indessen meistens wollen diejenigen, welche durch die Preisveränderung benachtheiligt werden, die Nothwendigkeit derselben durchaus nicht einsehen, und dann folgt die Auseinandersetzung, das letzte Mittel, um das Niveau der Miethen zu erhöhen oder zu erniedrigen. Diesmal waren es die Miether, welche die Preisveränderung anstrebten. So mancher hat in den Zeiten der Wohnungsnoth einen übermäßigen Miethspreis bewilligen müssen, den er heut zu zahlen für nicht gerechtfertigt hält, besonders wenn ihm die gemietheten Lokalitäten nicht zusagen. Und da die Auswahl an Wohnungen bedeutend größer geworden ist, und sich den Miethern die Aussicht bietet, eine billigere oder wenigstens eine bessere (also preiswürdigere) Wohnung zu finden, so kündigen sie, wenn die Vermiether nicht billigere Bedingungen zugestehn.

Wie es scheint, sind die Hausbesitzer diesmal im Allgemeinen sehr harthörig gewesen, denn sonst würde der Michaeli-Umzug nicht eine solche Ausdehnung angenommen haben. Die amtliche Zählung konstatirt über 2500 Wohnungsveränderungen, angenommen, daß darunter 1500 von Dienstboten, Gesellen, Chamoregarnisten ꝛc. vorgenommen worden sind, so würden doch noch 1000 Familien ihre Wohnung geändert haben; und wenn (schlecht gerechnet!) der zehnte Theil unserer Bevölkerung umgezogen ist, so war mindestens der fünfte Theil derselben in diesen Tagen mit dem Umzug beschäftigt, — das bedeutet einen großen Verlust an Zeit und Geld.

In der That sind plötzliche Preisveränderungen — selbst das Billigerwerden der Waaren beziehungsweise die Erhöhung des Geldwerths — fast immer mit Verlusten für das Nationalvermögen verbunden.

Wir wollen es übrigens den Hausbesitzern, — wenigstens den alten — nicht so sehr verübeln, wenn sie sich sträubten, billigere Miethspreise zu bewilligen, sofern sie nämlich ihr Grundstück in der Hausse-Zeit gekauft oder gebaut haben, denn dann ist ihnen ihr Haus meist theuer zu stehen gekommen. Sie haben gehofft, ihr Anlegekapital mit 8 oder 10 Prozent zu verzinsen und können sich schwer entschließen, wie andere Kapitalisten mit 4—6 Prozent zufrieden zu sein. Mögen sie sich damit trösten, daß diejenigen Kapitalisten, welche ihr Geld in der Zeit des Geldüberflusses in anderen Werthen angelegt haben, meist weit größere Verluste erleiden mußten. Die Grundbesitzer, welche ihr Haus im Laufe des letzten Jahres erworben oder gebaut haben, können, weil Baumaterialien und Löhne billiger sind, leicht niedrigere Preise zugestehen und werden doch noch eine sehr anständige Rente herausschlagen. Denn bis jetzt sind die Wohnungen durchschnittlich kaum um 10 Prozent billiger geworden und die Miethen stehen noch hoch über den Preisen, welche vor dem Kriege üblich waren. Wir glauben auch nicht, daß die Miethspreise je wieder auf jenen Standpunkt zurückgehen werden. Denn Posen ist noch lange nicht in der Lage Berlins, welches einen Ueberfluß an Wohnungen zu haben scheint.

Die Herstellung neuer Wohnungen hält kaum Schritt mit der immer größer werdenden Nachfrage, welche in dem Maße gesteigert wird, als Posen für immer mehr Eisenbahnen den Knotenpunkt bildet, an Bevölkerung sowie an Wohlstand zunimmt und die Ansprüche der

wünscht und gefordert: Einsicht, daß wir einen gemeinsamen Feind bekämpfen, daß wir das Recht haben ihn mit unseren Waffen und unserer Taktik zu bekämpfen, wie Italien mit den seinigen; vorausgesetzt daß wir beide wirklich kämpfen. Freie Selbstbestimmung für jeden der beiden Verbündeten, aber Einigkeit im Ziele. Diese Einsicht aber wird die Herkunft des Kaisers wohl fördern und befestigen, was auch die Zweifler zum Gegentheil sagen mögen. Wir begrüßen als Bürgschaft und willkommenes Anzeichen dieser Gesinnung in der herrschenden Partei Italiens den Aufsatz ihres bedeutendsten Organs. Man sagt: der heilige Vater wolle einen letzten Versuch wagen, dem Kaiser durch den Erzbischof von Mailand ein letztes Schreiben überreichen lassen, um ihn noch einmal zur Umkehr zu bewegen. „Der erste Kaiser Deutschlands," an den der Brief gerichtet, wird die Antwort unter den Augen „des ersten Königs von Italien" schreiben können, auf den er gemünzt ist; die Antwort wird dieselbe sein wie vor zwei Jahren: Unterwerft euch dem Gesetz, und der Friede ist wieder hergestellt.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Jassy, 12 Oktober. Morgen wird eine nationale Trauerfeier zum Gedächtniß des vor 100 Jahren enthaupteten Fürsten der Moldau, Gregor Ghika's, hier begangen werden. Man erwartet dazu aus allen Städten Rumäniens Gäste, da vielfache Einladungen versandt wurden. Vor allem aber werden die mit der jetzigen Regierung unzufriedenen Parteien sich an diesem Tag ein Stelldichein in Jassy geben, und es wird ohne große Aufregung schwerlich abgehen. Die hiesigen Juden befürchten sogar, daß in Folge der fortgesetzten Hetzereien in den Blättern der Opposition zur Abwechslung wieder einmal eine Judenverfolgung in Szene gesetzt werden könnte, da „Romanul" und andere Blätter der Rothen sonderbarerweise alle Schuld an dem Jubiläum in Czernowitz, wenn nicht gar an Abtretung der Bukowina und der Enthauptung des Fürsten Gregor Ghika, den Juden in die Schuhe schieben. Die Primarie hat nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht: „Programm für die Trauerfeier, welche am 1. Oktober zum Gedächtniß des Fürsten der Moldau, Gregor Ghika's, stattfinden wird, welcher an diesem Tag im Jahr 1775 ermordet wurde: 1) Um 12 Uhr Mittags wird Seine Eminenz der Metropolit von der Moldau und Suczawa, umgeben von der hohen Geistlichkeit in der Metropolie Kirche einen feierlichen Gottesdienst abhalten. Alle Zivil- und Militärbeamten, die Geistlichkeit, das Professoren-Kollegium, der Gemeinderath und das ganze Publikum wurden aufgefordert, diesem Gottesdienst in Trauerkleidung beizuwohnen. 2) Die Bürgermeister von allen Städten des Landes werden eingeladen, dieser nationalen Trauerfeier beizuwohnen. 3) Nach Beendigung der kirchlichen Zeremonie begiebt sich der Zug, mit dem Metropoliten an der Spitze und begleitet von einem Trauermärsche spielenden Musikcorps, in Prozession zu dem Denkmal, welches der Gemeinderath zum Andenken an den Fürsten Gregor Ghika aufrichten ließ. Daselbst werden die herkömmlichen Gebete zur Einweihung eines Leichensteins abgehalten. 4) Nach der Einweihnng des Denkmals wird der Unterzeichnete zum Gedächtniß der Thaten des Verstorbenen eine Rede halten. 5) Darauf wird Brod und Fleisch an die Armen vertheilt. Gez. der Bürgermeister N. Gane.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15 Oktober.

— Die „Germania" druckt unsere Provinzialkorrespondenz ab, in welcher berichtet wird, daß sich bezüglich der Beurtheilung der weltlichen und geistlichen Schulaufsicht in Lehrerkreisen eine Reaktion eigenthümlicher Art bemerkbar mache; und leitet unseren Artikel mit folgenden Worten ein:

Wir ersuchen unsere Leser folgende Korrespondenz, welche der „Pos. Ztg." „aus der Provinz" zugegangen, mit Aufmerksamkeit zu lesen. Es ist uns unbegreiflich, wie das genannte „liberale" Blatt, das so stramm am „Kulturwagen" zieht, das namentlich das neue „Schulaufsichtsgesetz" mit unbändiger Freude begrüßt und durch seine Denunziationen nicht Wenig zur schleunigen Absetzung vieler geistlichen Schulinspektoren beigetragen hat, einen derartigen Stimmungsbericht in seinen Spalten aufnehmen konnte; das dürfte wohl nur in einem unbewachten Augenblicke geschehen sein.

Daß es der „Germania" unbegreiflich ist, wie ein Blatt eine offene und ungünstige Beurtheilung der Zustände, für welche es selbst nach Kräften eingetreten ist, in seine Spalten aufnehmen kann, wird gewiß Jedermann begreiflich sein, der die Praxis der ultramontanen Presse und speziell der „Germania" kennt. Wirklich liberale Blätter bedürfen nicht der „unbewachten Augenblicke", um freimüthig über die Schäden im eigenen Hause zu sprechen. Als wir den in Rede stehenden Stimmungsbericht aufnahmen, haben wir eben weiter nichts gethan, als einen liberalen Grundsatz befolgt, wobei wir mit vollem Bedacht handelten. Mögen die Ultramontanen alle Schwächen, Fehler und Sünden ableugnen, mag die „Germania" jede ihr unangenehme Wahrheit mit jesuitischer Sophistik zu widerlegen suchen; wir meinen, daß die Selbsterforschung und Selbstkritik unsere Sache mehr fördert, als zelotische Vertuschungskunst. Dies wird sich, hoffen wir, auch im vorliegenden Falle zeigen. Denn indem unser Bericht die Behörden auf einen mißlichen Zustand aufmerksam macht, wird er sie veranlassen, auf Abhilfe zu sinnen. Den Lehrern aber wird durch eine solche offene Darlegung gezeigt, daß sie für ihre Beschwerden bei der liberalen Presse Gehör finden, selbst wenn sie damit liberale Institutionen oder wenigstens die ungeschickte Einführung derselben angreifen, und daraus werden sie unseren Ernst erkennen, ihnen bei der Ueberwindung der Schwierigkeiten, von denen jede neue Einrichtung begleitet ist, aufrichtig zu helfen. Die sehr zweifelhaften Fleischtöpfe Aegyptens können für die große Mehrheit der aufgeklärten Lehrer nichts Verlockendes haben, denn sie wissen, daß damit eine unwürdige Sklaverei verbunden war, die abermals eintreten dürfte, sobald der Klerus sich wieder stark fühlen würde.

—g. Das Interimstheater gedenkt den Geburtstag des Kronprinzen Montag, den 18. d., durch eine patriotische Vorstellung zu feiern. Es ist dazu das Drama „1740" von Hermann Hersch und das einaktige dramatische Gedicht „Die Wacht am Rhein" von Oskar Elsner in Aussicht genommen. Das letztere bringt den verstorbenen Dichter des Liedes „Die Wacht am Rhein", Max Schneckenburger, auf die Szene und ist im Jahre 1870 mit Erfolg über viele deutsche Bühnen gegangen.

r. **Der Landwehrverein** wird den Geburtstag des Kronprinzen am nächsten Montage mit Konzert, Festrede und Gesang im festlich dekorirten Lambert'schen Saale feiern.

— **Vor der Kriminalabtheilung** des hiesigen Kreisgerichts stand gestern Audienztermin an in der Sache wider die beiden früheren Direktoren der hiesigen Provinzial-Wechsler- und Diskonto-Bank. Nachdem früh und Nachmittag (von 4 bis 6 Uhr) verhandelt und eine Anzahl Zeugen vernommen worden waren, wurde die Verhandlung vertagt, um noch über einige Punkte von dem Bücherrevisor Auskunft einzuholen, der sein schriftliches Gutachten innerhalb 4 Wochen einreichen soll. Die Anklage stützt sich auf § 266 des D. Strafgesetzbuches, wonach Bevollmächtigte, welche über Forderungen oder andere Vermögensstücke des Auftraggebers absichtlich zum Nachtheil desselben verfügen, wegen Untreue mit Gefängnißstrafe bedroht werden. „Wird die Untreue begangen, um sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen, so kann neben der Gefängnißstrafe auf Geldstrafe bis zu 1000 Thalern erkannt werden."

r. **In der städtischen Fortbildungsschule** wurde am 12 d. M. der Winterkursus begonnen. Die Anzahl der Schüler beträgt gegenwärtig 65, indem zu den ca. 60, welche die Anstalt während des Sommerhalbjahrs zählte, 15 neu hinzugetreten, dagegen etwa 10 abgegangen sind. Wie bisher wird in der Schule in drei Abtheilungen unterrichtet, und zwar vom Dirigenten der Schule, Rektor Hecht, im Rechnen, vom Kaufmann Teplitz gleichfalls im Rechnen, vom Lehrer Kruppe in Deutsch und Geographie, vom Lehrer Vogt im Deutschen, in der Geographie und im Schönschreiben, vom Lehrer Weimann im Deutschen und im Rechnen, vom Realschullehrer Knothe im Zeichnen und Schönschreiben. Die Unterrichtsstunden finden von 8 bis gegen 10 Uhr Abends statt.

r. **Die Kommissionsprüfung für Lehrerinnen** fand in den Tagen vom 11.—14. d. M. hierselbst unter Vorsitz des Konsistorialraths Jäckel und später des Regierungs- und Provinzial Schulraths Dr. Tschackert statt. Die Kommission selbst besteht außer den genannten beiden Mitgliedern aus dem Regierungs- und Schulrath Lacke, dem Direktor Dr. Barth und dem Professor Hensel. Es hatten sich zu der Prüfung 14 Kandidatinnen, zum großen Theil von außerhalb, gemeldet; von denselben wurden 7 für befähigt erklärt an höheren Töchterschulen, 4 an Elementarschulen, 1 als Sprachlehrerin zu unterrichten; 2 der Kandidatinnen bestanden die Prüfung nicht.

B. **Der Kindergarten** des Frl. Aarons, der einzige, welcher in Posen besteht, ist jetzt in das Müldaur'sche Haus am Wilhelmsplatze verlegt worden. Es ist wohl anzunehmen, daß dies so einsichtig geleitete Institut, das einem immer tiefer empfundenen Bedürfniß entgegenkommt, in seiner jetzigen günstigeren Lage noch stärker als bisher frequentirt werden wird.

— **Die Referendariatsprüfung** bestand gestern in Breslau u. a. auch Hr. Kandidat der Rechte, Knappe aus Krotoschin.

r. **Im allgemeinen Männergesangverein** hielten am 14. d. M. die Sänger eine Generalversammlung zur Wahl der technischen Dirigenten ab. Es wurden wiedergewählt: zum ersten Dirigenten Musiklehrer Stiller, zum zweiten Dirigenten der Kaserneninspektor Zikoff. Nächsten Donnerstag findet die allgemeine Generalversammlung statt, bei der alle Mitglieder des Vereins stimmberechtigt sind, und auf deren Tagesordnung die Wahl des Vorstandes, die Dechargirung der Kassenlegung und die Aufstellung des Etats für das nächste Vereinsjahr stehen.

— **Der Vorschlag** des „Orędownik", eine Massenpetition an den Kultusminister abzusenden, worin um Aenderung des gegenwärtigen Unterrichtssystems gebeten werden soll, findet die vollständigste Billigung des hiesigen „Dziennik". Derselbe theilt mit, daß die Petition bereits entworfen ist und demnächst in den öffentlichen Blättern bekannt gemacht werden wird. Das polnische Blatt zweifelt nicht, daß dieselbe massenhafte Unterschriften erhalten wird, aus denen sich der Kultusminister wird überzeugen können, daß die gesammte polnische Bevölkerung mit seinen Einrichtungen und Verordnungen unzufrieden ist, da sie und eine Dressirung der Polen zu Deutschen bezwecken während sie Polen sind und bleiben wollen.

r. **Kirchliche Wahlen.** Am 14. d. M. von Vormittags 9 Uhr bis Abends 9½ Uhr fanden im Saale des Hotel de Saxe unter Vorsitz des Wahlvorstehers, Kaufmann Ferd. Schmidt, die Wahlen von 10 Kirchenvorstehern und 30 Gemeindevertretern für die katholische Pfarrgemeinde ad S. Mariam Magdalenam statt. Von über 1200 Wahlberechtigten wurden für die Wahl der Kirchenvorsteher ca. 560 Stimmzettel und für die Wahl der Gemeindevertreter ca. 450 Stimmzettel abgegeben, und es wurden mit überwiegender Stimmenmehrheit, der größte Theil fast einstimmig, zu Kirchenvorstehern die Herren:

Joseph Szafarkiewicz, Anton Pfitzner, Joseph Bistrzycki, Joseph Zeyland, Joseph Piotrowski, Andreas Kocimski, Albert Birner, Wladislaw v. Ulatowski, Martin Sobecki, Franz Chwalkowski;

zu Gemeindevertretern die Herren:

Ludwig Kaniewski, Nicolaus Zakrzewicz, Albert Smukowski, Johann Smukowski, Valentin Szkaradkiewicz, Andreas Baikowski, Roche Malolepszy, Kasper Ofierski, Stanislaus Kaniewski, Michael Nowicki, Titus Daszkiewicz, Joseph Wache, Theofil Przybilowski, Stanislaus Niewitecki, Albert Zaydler, Martin Klinge, Albert Rudzki, Albert Cieslewski, Franz Rudzki, Wawrzyn Szurminski, Theodor v. Skrzyplewski, Dionisius Sobeski, Adolph Mann, Ludwig Beit, Albert Schultz, Valentin Przdzynski, Adalbert Kozlicki, Ignatz Brutkowski, Joseph Stęszewski, Johann Stefanski,

gewählt; außerdem erhielten bei der Kirchenvorsteherwahl Herr Kasper Ofierski 129, Herr Professor Rymarkiewicz 14, sowie 12 Herren je 1 Stimme; bei der Gemeindevertreterwahl Herr Johann Obst 104, sowie 19 Herren 1—3 Stimmen.

— **Herr v. Bronikowski**, der verantwortliche Redakteur des „Dziennik Poznanski" hat heute eine dreimonatliche durch Preßvergehen verwirkte Gefängnißstrafe zu verbüßen begonnen.

r. **Auf der Märkisch-Posener Bahn** sind mit dem 15. d. M. folgende Veränderungen, welche die Station Posen betreffen, eingetreten: Es kommt in Posen an: der gemischte Zug von Bentschen, statt bisher 8 Uhr 25 Min., — 9 Uhr 44 Min. Vormittags; der bisherige Personenzug Vormittags fällt weg; dagegen kommen statt der bisherigen 2 Züge Nachmittags 3 Züge an, und zwar: der Personenzug 2 Uhr 41 Min.; der Schnellzug 5 Uhr 51 Min. (statt bisher 3 Uhr 7 Min) und der Personenzug 9 Uhr 46 Min. (statt bisher 11 Uhr 5 Min.). Von Posen gehen ab: ein Personenzug 5 Uhr 3 Min Morgens (wie bisher); ein Schnellzug 10 Uhr 22 Min. Vormittags (wie bisher); ein Personenzug 4 Uhr 5 Min. Nachmittags (statt bisher 4 Uhr; ein gemischter Zug 6 Uhr 14 Min. Nachmittags (statt bisher 6 Uhr 40 Min).

— **Für die Postkarten** auf das Jahr 1876 ist die hellgraue Farbe gewählt worden.

r **Der Bau des Postgebäudes** an der Friedrichsstraße soll in diesem Jahre noch so weit gefördert werden, daß er unter Dach kommt; da das Gebäude außer Keller- und Erdgeschoß nur zwei Stockwerke erhält und eins dieser Stockwerke bereits aufgeführt ist, so ist demnach nur noch ein Stockwerk und alsdann der Dachstuhl aufzusetzen. Die breite Durchfahrt nach dem Posthofe hat 8 schön geformte Granitsäulen erhalten, welche zur Unterstützung der auf ihnen ruhenden

---

Neuzeit wachsen. Allerdings sollen nach polizeilicher Zählung im Ganzen 121 Wohnungen leer stehen, und zwar 63 kleine Wohnungen bis zu 100 Thalern, 32 mittlere bis zu 250 und 26 große über 250 Thaler. Indessen scheint uns der Grund nicht in einer Ueberproduktion zu liegen, sondern entweder darin, daß die Hauswirthe mit den Miethspreisen nicht herabgehen wollen, oder aber darin, daß die unvermietheten Wohnungen in zu schlechtem Zustande sind, beziehungsweise in ungünstiger oder ungesunder Gegend liegen. Besonders bei den kleinen Wohnungen unter 100 Thalern dürfte häufig die kaum glaubliche Beschaffenheit der Löcher, welche man Wohnungen nennt, Ursache gewesen sein, daß sie keine Miether fanden. Kommt hinzu, daß bei der gegenwärtigen Gedrücktheit der wirthschaftlichen Lage sich Mancher auch im Wohnungsbedarf einzuschränken sucht: der arme Mann bezieht mit seiner Familie eine Kammer als Aftermiether, anstatt eine eigene Wohnung zu miethen, der Wohlhabende begnügt sich mit einem bescheideneren Logis und der Hausvater aus dem Mittelstande nimmt einen Chambregarnisten auf. Treten einmal günstigere Zeiten ein, — und das kann eine einzige gute Ernte bewirken, — dann nehmen Wohlstand und Bedürfnisse augenblicklich zu.

Daß hauptsächlich die Lokalitäten oder die dafür geforderten Miethen schuld sind, wenn Wohnungen leer stehen bleiben, lehrt die augenfällige Thatsache, daß die neuen Gebäude fast alle bezogen sind, auch wenn sie erst provisorische Thüren und Treppen besitzen, und obwohl das Wohnen darin ebenso unangenehm als ungesund ist.

Es ist deshalb nur zu wünschen, daß die Herstellung neuer Wohngebäude fortschreite. Und daran ist auch nicht zu zweifeln, so lange das in Grundstücken angelegte Kapital 6 bis 10 Prozent Rente bringt, während die Besitzer von soliden Börseneffekten sich mit 3 bis 5 pCt. begnügen müssen. ω.

Fünf Tage verschüttet.

Im Windbergschachtreviere des Potschappler Aktienvereins wurde unlängst der Bergarbeiter Beier aus Schweinsdorf verschüttet. Es gelang, denselben nach 5 Tagen aus seinem Grabe zu befreien. Es liegen nun nähere Angaben Beier's über seine Verschüttung und Rettung vor, die wahrhaft ergreifend sind. Beier hat nach dem „Dr. J." auf die bei der bergpolizeilichen Erörterung an ihn gerichteten Fragen Folgendes mitgetheilt:

„Kurz nach der Frühschicht am Donnerstag, den 30. v. M., war ich in meinem ungefähr 10 Meter langen und 2 Meter breiten Orte damit beschäftigt, mittelst einer Brechstange die an der Firste desselben zum Theil noch anstehende Kohlenpartie hereinzuwuchten, als nicht nur letztere, sondern auch das darüber abgelagerte Gebirge in solcher Menge hereinbrach, daß mir dadurch der Ausgang aus meinem Orte versperrt wurde.

Ich untersuchte, da mein Grubenlicht ausgelöscht war, mit den Händen umhertastend, den Raum, in welchem ich, als die Gebirgsmassen hereinbrachen, geflüchtet, und fand, daß derselbe ungefähr 2 Meter lang, ¾ Meter weit und so niedrig war, daß ich in demselben nur gebückt stehen konnte.

Die Auszimmerung dieses Raumes bestand in drei paar Thürstöcken, welche beim Bruche unversehrt geblieben waren und von denen ich die Ueberzeugung gewann, daß sie den Einsturz meiner Zufluchtsstätte verhindern würden.

Nachdem ich nun einige lose Gebirgsstücke, welche zwischen den Thürstöcken hingen, mit den Händen entfernt hatte, rief ich, indem ich letztere zur besseren Fortsetzung des Schalles rohrförmig gekrümmt an den Mund hielt, mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften um Hilfe, nahm sodann meine Haue und schlug mit derselben gegen einen Thürstock und die Ortsohle. Da aber keine Erwiderung von der andern Seite kam, setzte ich mich endlich nieder und mit dem Gedanken

„Nun mag es kommen, wie Gott es will"

ergab ich mich meinem Schicksale.

Alsbald bemerkte ich jedoch, wie auf der andern Seite des Bruchs gearbeitet wurde. Ganz deutlich hörte ich das Werfen von Gebirgsstücken in den Förderwagen, was meinen Muth wieder belebte und wohl auch die Veranlassung war, daß ich eigentliche Todesangst nicht gehabt habe. Nur wenn ich den donnerähnlichen Schall nachbrechender Gebirgsmassen vernahm, beschlich mich ein wehmüthiges Gefühl, da ich recht wohl wußte, daß dadurch meine Rettung nur verzögert werden würde.

Anfangs verfiel ich, jedenfalls in Folge der Wärme in meiner Zufluchtsstätte, in heftigen Schweiß, welcher sich jedoch allmälig verlor und später sich nicht wieder eingestellt hat.

Hunger habe ich nicht viel gehabt, wohl aber plagte mich brennender Durst. Meine Lippen wurden ganz trocken und waren mit Staub, welchen das nachbrechende Gebirge verursachte, bedeckt.

Um dieselben zu benetzen, trank ich das Oel meiner Grubenlampe und sog endlich auch noch den Docht derselben mit den Lippen aus. Der Durst wurde hierdurch zwar nicht gelöscht, doch waren wenigstens Zunge und Lippen feucht.

Als sich später der Durst wieder heftiger einstellte, entsann ich mich gehört zu haben, daß Menschen in ähnlicher Lage, wie in der meinen, den eigenen Urin getrunken hätten.

Ich entschloß mich hierzu und fühlte mich nach dem Genusse desselben neu belebt.

Athmungsbeschwerden habe ich nicht gehabt und nur wenn ich auf der Ortsohle geschlafen hatte und mich erheben wollte, fühlte ich zuweilen eine solche Betäubung, daß ich wieder niederfiel. Bei derartiger Erscheinung machte ich mir, soweit möglich, Bewegung, richtete mich sodann in der vorderen rechten Ecke des Ortes, über welche frische Wetter hinweggingen, auf und athmete dieselben ein. Mein Geist beschäftigte sich während meiner Verschüttung in der Hauptsache mit der Hoffnung baldiger Befreiung aus dem engen Raume, in welchem ich mich befand. Einer Erscheinung, die darin bestand, daß, sobald ich mit der Hand über die Zimmerung fuhr, an den berührten Stellen ein schwacher Lichtschein sich zeigte, möchte ich hier auch noch gedenken. Allmälig vernahm ich das Näherrücken der Rettungsarbeiten und endlich trat der Augenblick ein, wo ich mich mit meinen Kameraden verständigen konnte. Ich fragte nach der Zeit und erfuhr daß es Montag Abend ½10 Uhr wäre, was mich in großes Erstaunen setzte, da ich vermuthete, daß erst 2 Tage nach meiner Verunglückung verstrichen sein könnten.

Gegen Morgen des Dienstags kam endlich die Rettungsstrecke in meine Zufluchtsstätte ein, und obwohl der Durchschlag nur in einem engen Loche bestand, so mochte ich doch auf dessen Erweiterung nicht länger warten, ich kroch hinein, meine Kameraden zogen mich hindurch und ich war gerettet."

---

* **Richard Wagner als Protektor.** Wir haben bereits früher mitgetheilt, daß Richard Wagner sein Auge auf einen bei Scherbarth in Düsseldorf engagirten Tenor Unger geworfen und deshalb an Direktor Scherbarth die Bitte richtete, ihn behufs weiterer Ausbildung bis 1. November zu beurlauben. Direktor Scherbarth ist in Rücksicht auf den durch Wagner ausgesprochenen Wunsch darauf eingegangen und hat sich bisher, so gut es ging, beholfen. Zu seinem Erstaunen meldet ihm aber Richard Wagner unterm 29. September, daß Unger noch ein halbes Jahr studiren müsse, um seine Stimme nach den jetzigen Opernprinzipien vor Untergang zu bewahren.

„Ich halte es, schreibt Wagner, abgesehen von dem Vortheile, von welchem es für meine Unternehmung werden kann, für eine Versündigung an dem bereits so sehr leidenden deutschen Opernwesen, wenn ich mit offenen Augen eine Kraft verkommen lassen soll, welche, bei richtiger Pflege, das verspricht, was unseren Theatern so sehr noth thut, einen wirklich gebildeten Sänger."

W. stellt hierauf die Forderung, Unger gänzlich seiner Verpflichtungen zu entbinden, worauf Scherbarth erklärt, daß er als Privatunternehmer durchaus nicht in der Lage sei, so ohne Weiteres auf einen 1. Tenor zu verzichten und er durch den langen Urlaub bereits Alles gethan habe, was er der Kunst schulde.

Wagner antwortet nun unterm 3 Oktober u. A. mit folgendem kategorischen Satz: „Ich bitte Sie daher, mich wohl verstehen zu wollen, mir auch keine leichtsinnige Willkür Ihrer düsseldorfer Unternehmung gegenüber zuzusprechen, wenn ich Ihnen den ganz bestimmten Entschluß bekräftige: Herr Unger studirt von jetzt an ununterbrochen ein volles halbes Jahr bei seinem Gesangslehrer Herrn Professor Hey in München und gelangt hierdurch, wie ich dies dem Erfolg seiner letzten Studien als Ueberzeugung entnommen habe, zu derjenigen Sicherheit in der Verwerthung seiner künstlerischen Anlagen, die ihm nur auf diesem Wege gegeben werden kann.

Damit ist für Rich. Wagner die Sache erledigt, Scherbarth mag denken, Unger sei krank geworden, und sich einen andern Tenor besorgen, wenn es einen giebt, schlimmstens aber den ganzen Schaden geduldig tragen. Das will aber Scherbarth nicht und so giebt es einen Prozeß.

Eisenkonstruktion dienen und in zwei Reihen aufgestellt sind, so daß sie die eigentliche Durchfahrt von den beiden seitlichen Fußgänger-Passagen trennen.

* **Diebstähle.** Gestohlen wurde einem Handelsmann aus Schmiegel am 13 d. Mts. auf dem Alten Markte in Posen ein weißer, schon geflickter Schafspelz ohne Kragen, welcher einem Pferde aufgedeckt war. — Einem Kaufmann zu Conitz wurde kürzlich eine kleine goldene Damenuhr und aus einer Busennadel und aus einer Brosche je ein Brillant im Werthe von 300 u. 150 M. entwendet. Es liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß diese Gegenstände nach Posen gelangt sind. Einer Gesindevermietherin auf der Schuhmacherstraße sind von einem Schlossergesellen vor etwa 2 Wochen 14 Pfandscheine über verschiedene versetzte Gegenstände gestohlen worden. — Einer Dame wurden beim Umzuge von der Berlinerstraße nach der St. Martinsstraße zwei Paar Schuhe und diverse Wirthschaftsgeräthe gestohlen. — Ein hiesiger Einwohner hatte einem Klempner, welcher sich in Breslau aufhält, bei der ersten Klasse der 152. Lotterie 4 Mark als Antheil auf ein Lotterieloos übergeben, welches der Klempner zu spielen vorgab. Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß dies eine falsche Vorspiegelung gewesen und sich demnach der Klempner eines Betruges schuldig gemacht hat. — Vor einiger Zeit wurde einem hiesigen Kaufmanne eine Kiste mit Porzellan gestohlen. Dieselbe ist am 2. d. Mts. am rechten Wartheufer in der Nähe des Speichers von Kwilecki, Potocki u. Comp von einem Fuhrmann gefunden worden der jedoch erst acht Tage später den Fund zur Anzeige gebracht hat. Es ist bis jetzt noch nicht ermittelt, ob aus der Kiste Waaren entwendet worden sind.

Gostyn, 13. Oktober. Das aus dem „Kuryer Pozn." entnommene Referat in Nr. 712 der „Posener Zeitung", betreffend die Verhaftung des Rittergutsbesitzers Herrn Bronislaus v. Potworowski aus Kossowo, enthält so viele Unrichtigkeiten, daß ich im Interesse der Wahrheit nicht umhin kann, dasselbe zu berichtigen und den ganzen Sachverhalt klar zu legen.

Herr v. Potworowski hat für sein Rittergut Kossowo für den Propst in Alt-Gostyn alljährlich an Martini 13 Viertel Roggen und ebensoviel Hafer; für 2 erworbene bäuerliche Wirthschaften je 1 Viertel Roggen und 1 Viertel Hafer zu liefern. (1 Viertel = 18 Mtz. preuß. Maß.) Bereits am 1. Dezember 1874 ersuchte ich Herrn v. Potworowski mittelst besonderen Schreibens die an Martini fällig gewesenen Messalien an mich den k. Kommissarius, für die Verwaltung des Pfarrvermögens zu Alt-Gostyn abzuführen, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß ich dieselben event. gerichtlich einklagen müßte. Da ich inzwischen erfahren, daß ein Zweifel darüber entstanden, ob die Messalien nach meinem Wohnsitze Gostyn oder nach Alt-Gostyn zu liefern sein werden, die Lieferung aber selbstverständlich nur in Alt-Gostyn gefordert werden konnte, richtete ich am 13. Dezember pr. ein zweites Schreiben an Herrn v. Potworowski, in welchem ich ihm mittheilte, daß ich zur Empfangnahme der Messalien den 19 Dezember Vormittags von 10—12 Uhr in Alt Gostyn sein werde. Herr v. Potworowski hatte an diesem Tage nicht geliefert und auch ein Vierteljahr später noch nicht, weßhalb ich zur gerichtlichen Klage schritt. Laut Erkenntniß der königlichen Kreisgerichts-Deputation zu Gostyn vom 11. April d. J. wurde Herr v. P. verurtheilt, die Messalien für sein Rittergut Kossowo an mich zu liefern. In Betreff der Lieferungen für die erworbenen bäuerlichen Wirthschaften, wurde er im Mandatswege angehalten, seiner Verpflichtung nachzukommen. Sowohl das Erkenntniß wie die Mandate wurden rechtskräftig, Herr v. P. entschloß sich aber immer noch nicht zu liefern, sondern erklärte, sich auf den Standpunkt der katholischen Geistlichkeit stellend, nur der Gewalt weichen zu wollen. Es wurde nun von Seiten des Gerichts in Betreff der Lieferung für die eine bäuerliche Wirthschaft gegen Herrn v. P. am 13. September c. ein Mandat ad faciendum erlassen mit einer Frist von 14 Tagen, und demselben darin angedeutet, daß es widrigenfalls dem Kläger freistehen wird, ihn entweder zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit durch Personalarrest anhalten, oder die Handlung auf seine Kosten durch einen Dritten verrichten zu lassen oder endlich sein Interesse zu liquidiren. Bemerken muß ich noch, daß ich Herrn von Potworowski am 16 September c. wiederum schriftlich ersuchte, die Messalien in meiner Abwesenheit in Alt-Gostyn im Schulzenamte zu deponiren, wenn er es vielleicht nicht vorziehen sollte dieselben direkt an mich nach Gostyn zu liefern, und daß der Schulze von Alt-Gostyn schon am 28 Juni c. zur Empfangnahme der Messalien autorisirt worden war. Dieses Mandat war am 27. v. M. rechtskräftig, und Herr von Potworowski hatte sich während dieser Zeit an verschiedenen Stellen geäußert, daß er nun auch bald werde sitzen müssen. Um nun dem Gesetze Achtung zu verschaffen, und dem Herrn von Potworowski zu zeigen, daß im preußischen Staate die Gesetze nicht nur auf dem Papiere stehen, sondern ohne Unterschied der Person gehandhabt und ausgeführt werden, wählte ich den kürzesten Weg, um endlich in den Besitz der Messalien zu gelangen, und beantragte bei Gericht Herrn v. P. durch Personalhaft zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten. Derselbe wurde daher am 6. d. M. als er im Begriffe stand den hiesigen Viehmarkt zu besuchen, von dem Gerichtsexekutor, der den Haftbefehl den Tag vorher erhalten, verhaftet und ins Gericht gebracht Zu derselben Zeit war ich in meiner Eigenschaft als Polizeianwalt auf dem Gerichte beschäftigt, und wurde von Herrn Rechtsanwalt Geißel befragt, ob ich Hrn. v. P. noch eine neue Frist stellen wolle. Als ich diesem erklärte, dazu keine Veranlassung zu haben, da ich bald 1 Jahr auf die Messalien gewartet, verfügte sich der Bruder des Herrn v. P., Herr Gustav von Potworowski aus Gola, zu dem hiesigen Kaufmann Goldschmidt, und ersuchte denselben mir schleunigst 1 Viertel Roggen und 1 Viertel Hafer zu liefern. Dies geschah auch, und erst nach erfolgter Lieferung wurde Herr von P. wieder freigelassen. Dieses Mittel hatte sich sehr wirksam gezeigt, denn am andern Tage sandte Herr v. P. die übrigen Messalien nach Alt-Gostyn und ich konnte mich nun endlich für abgefunden betrachten.

Wenn der „Kuryer" behauptet, Herr v. P. habe mehrmals vergeblich die Messalien nach Alt-Gostyn geliefert, so entspricht dies nicht der Wahrheit, denn erst heut wieder, nachdem ich das Referat gelesen, und den Schulzen Mackowiak von Alt-Gostyn, der zufällig auf dem Bureau erschien, fragte, ob Herr von P. einmal den Versuch gemacht, die Messalien bei ihm abzugeben, erklärte derselbe wie schon früher in Gegenwart eines Bureaugehilfen, daß Herr von P. nie Messalien an ihn gesandt habe, er dieselben gern abgenommen und auch Quittung ertheilt hätte. Ebenso ist es nicht richtig, daß Herr von P. mich ersucht haben soll, ihm zu gestatten, die Messalien mit den in diesem Jahre zu Martini fälligen zu liefern, Herr v. P. hat nur dem Rechtsanwalt Herrn Geißel erklärt, daß er jetzt keine Zeit zur Lieferung habe, weil er jetzt mit der Saat beschäftigt sei und bemerkt, daß er bei meiner vorgesetzten Behörde rekurirt habe. Worauf sich der Rekurs bezog, war ganz unerfindlich, ebenso durch Nichts bewiesen, daß eine Beschwerde, die er jedenfalls gemeint, wirklich bei der vorgesetzten Behörde angebracht worden. Das Schreiben an Herrn Geißel machte vielmehr den Eindruck, als ob Herr v. P. Zeit gewinnen und die Angelegenheit noch weiter hinausschieben wolle.

Dies ist der richtige Sachverhalt, und ich muß es den geehrten Lesern überlassen, zu beurtheilen, ob ich nach der Handlungsweise des Herrn v. P. das Richtige getroffen habe, um endlich zum Ziele zu gelangen.

Der Königliche Distriktskommissarius
Rudolph.

— nn. — **Chodschesen,** 14. Oktober. [Petition in Sachen der anzulegenden Eisenbahn.] In unserer Stadt und Umgegend zirkulirt augenblicklich die nachstehende Petition an den Herrn Handelsminister:

„Hochwohlgeborener Herr, Hochgebietender Herr Staatsminister! Nach langen Jahren des Hoffens und Harrens glaubten wir endlich durch das Gesetz betreffend den Bau der Posen-Schneidemühl Belgarder Eisenbahn auch des Nutzens einer solchen theilhaftig zu werden. In der That wird diese Bahn auch auf nur 50, sage fünfzig Schritte an unserer Stadt vorübergehen. Aber was hilft uns diese Nähe, wenn trotz derselben nach dem jetzt aufgestellten Projekt die Kreisstadt Chodschesen keinen Bahnhof erhält, sondern dieser auf über 2 Kilometer Entfernung schlechten Weges bei dem Dorfe Studzyn, in einem buchstäblich todten Winkel zu liegen kommt.

Daß hierdurch unsere Stadt auf das Empfindlichste geschädigt, eigentlich aller Verkehr von ihr fern gehalten werden würde, brauchen wir nicht erst des Näheren auszuführen und zu begründen. Dies liegt auf der Hand. Aber wie ein Blick auf die Karte lehrt, beziehungsweise jeder Lokalkundige erhärten wird — und wir berufen uns dieserhalb eventualiter auf das unparteiische Zeugniß des Kreislandraths — würde auch die ganze Umgegend unserer Stadt, ja der Kreis als solcher von der in Aussicht genommenen Anlage hart betroffen werden. Der Bahnhof würde effektiv keine andere Zufuhr haben können, als unter Chodschesen, wohin auch von drei Seiten Chaussee mündet. Jeder Verkehr zur Bahn würde also Chodschesen allerdings berühren müssen, der Stadt aber als bloßer Durchgangsverkehr ohne Aufenthalt nicht einmal irgend welchen Nutzen bringen und nur die Strecke von Chodschesen bis Studzyn weiter zurückzulegen haben. Gerade dieser Weg aber ist so beschaffen, daß er zu manchen Jahreszeiten für Lasten fast unpassirbar ist. Es würde nur übrig bleiben, ihn zu chaussiren. Wer aber sollte bei der notorisch in unserer Provinz schon vorhandenen, kaum noch erträglichen Ueberbürdung mit Kommunalabgaben aller Art für Provinz, Kreis, Stadt und Schule diese auf sicher über 40,000 M. zu veranschlagenden Kosten tragen? Fiele dies dem Kreise oder gar der Stadt allein zu, so würde von den sehnlichst erhofften Vortheilen der Eisenbahn für uns nicht allzu viel übrig bleiben.

Am paßlichsten für die Stadt und die ganze Umgegend würde der Bahnhof zweifellos bei der Scheibner'schen Ziegelei hierselbst, das heißt in unmittelbarer Nähe der Stadt und der dieselbe durchschneidenden Chaussee liegen. Daß dies eine absolute Unmöglichkeit wäre, wird auch wohl kein Techniker behaupten. Allerdings mögen wegen der bei Chodschesen in der Richtung auf Posen vorhandenen Terrainsteigerung die Anlagen ja vielleicht sogar die späteren Betriebskosten erhöht werden. Dieser Umstand allein hat aber auch wohl die königliche Direktion der Ostbahn, deren Beamte dem Verehmen nach angewiesen sind, den Bau der Bahn so sparsam wie nur irgend möglich einzurichten, veranlaßt, die Haltestelle statt, wie ja sonst natürlich gewesen wäre, bei der Kreisstadt Chodschesen bei dem eine Drittel Meile davon entfernten Dorfe Studzyn zu projektiren.

Bei der anscheinend mißlichen Finanzlage des Staates begreifen und würdigen wir zwar sehr wohl Euer Exzellenz weise Sparsamkeit. Wir glauben aber nicht, daß es Hochdero Absicht sein kann, nur zur Erübrigung einer verhältnißmäßig geringfügigen Summe eine wesentlich zur Hebung der östlichen Provinzen bestimmte Anlage so einrichten zu lassen, daß eine immerhin betriebsame Stadt und ihre Nachbarschaft des davon erhofften Nutzens zum großen Theil verlustig gehen, oder daß gar mit Hintenansetzung lokaler Interessen, welche diese Bahn doch recht eigentlich fördern sollte, hier, wie dies in verschiedenen Zeitungen wiederholt gesagt ist, Millionen der vom Landtag für die östlichen Provinzen bewilligten Summe gespart werden sollen, um das voraussichtlich bei der Wetzlar'er Bahn entstehende Defizit zu decken oder überhaupt den bereits überreich mit Verkehrswegen gesegneten Westen der Monarchie wiederum auf Kosten des Ostens zu bedenken

Euer Exzellenz bitten wir daher ganz gehorsamst, daß jetzt aufgestellte Projekt einer Haltestelle Studzyn nicht zu genehmigen und die Anlage eines Bahnhofs bei der von uns bezeichneten Scheibner'schen Ziegelei oder doch wenigstens in einer für uns schlechterdings erreichbaren Nähe von Chodschesen hochgeneigtest zu verfügen.

In der festen Zuversicht, daß Euer Exzellenz in bekannter Weisheit und Gerechtigkeit auch unsere, mit dem allgemeinen Besten so wohl vereinbaren lokalen Interessen wahren werden, verharren wir als Euer Exzellenz ganz gehorsamste Bewohner der Kreisstadt Chodschesen und Umgegend."

Das Schriftstück hat sich sofort mit zahlreichen Unterschriften bedeckt würde, deren zweifellos noch hunderte erhalten, wenn man nicht glaubte mit der Absendung eilen zu müssen. Aehnliche Schritte haben Magistrat und Stadtverordnete gethan Hingegen verlautet bedauerlicher Weise nichts, daß die königlichen Behörden, der am Orte selbst wohnhafte Landrath oder die bromberger Regierung, sich irgendwie geregt hätten, um in dieser wichtigen Angelegenheit die Interessen unserer Stadt beziehungsweise der Kreis- und Bezirksinsassen zu wahren. Mit polizeilichen Verordnungen über Fleischschau, Hundemaulkörbe, Schafpockenimpfung und dergleichen werden wir reichlich bedacht. In der für alle Zeiten wichtigen Frage der Bahnhofs-Anlage, welche für Stadt und Umgegend eine Lebensbedingung ist, hört man nichts von der Fürsorge der Kreis- und Provinzialbehörden. Mit Bestimmtheit steht jedoch zu erwarten, daß unser Vertreter im Abgeordnetenhause sich nachdrücklichst der Sache annehmen wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt derselbe gleich nach dem Zusammentritt des Landtages den Herrn Handelsminister förmlich darüber zu interpelliren, ob in der That bei dem Bau der Posen Belgard Schneidemühler Eisenbahn solche den Zweck der Bahn, Hebung des Lokalverkehrs und Erschließung unserer Provinz mehr oder weniger vereitelnde Ersparnisse angeordnet sind. Bekanntlich ist schon im Monat Juni als Erwiderung auf eine in der Posener Zeitung laut gewordene Stimme eine offiziöse Erklärung im Staatsanzeiger abgegeben, welche dem Gerüchte widerspricht, daß dieser für die östlichen Provinzen so überaus wichtige Schienenweg unter Ersparung von 6 Millionen an den von der Landesvertretung bewilligten 18½ Millionen Thaler nur als sogenannte Sekundärbahn erbaut werden solle. Der Name thut aber nichts zur Sache. Unbestreitbares Faktum bleibt es leider doch, daß die mit der Ausarbeitung der Projekte betrauten Beamten die gemessenste Weisung haben, so viel Ersparnisse (zu welchem andern Zweck lassen wir dahingestellt) als irgend möglich zu machen, daß nur in Folge dessen auch unsere Stadt um den ihr sonst sicheren Bahnhof kommen würde und daß faktisch die Bahn in derartigen Curven und ihrem ganzen Oberbau noch so angelegt wird, daß sie niemals von Zügen befahren werden kann, welche auch nur die Schnelligkeit gewöhnlicher Personenzüge erreichen. Man spricht von einer Maximalgeschwindigkeit von 15 Minuten auf die Meile.

Gnesen, 15. Oktober [Verhaftung.] In Folge einer telegraphischen Depesche des königlichen Kreisgerichts in Ostrowo an die hiesige Polizeiverwaltung ist vorgestern Abend 10 Uhr im Nawrocki'schen Lokale der Kazimierz Dmochowski aus Jarotschin, welcher früher in Posen eine Fortepianohandlung gehabt hat, vom hiesigen Polizeikommissarius und vom Polizeibeamten Z. verhaftet und mit Hülfe eines Unteroffiziers nach dem Polizeibureau resp. Gefängniß gebracht worden. Derselbe soll einen 17jährigen Sohn eines Gutsbesitzers zu Wechselfälschungen verleitet haben. Der Verhaftete, der sich einige Zeit bei seinen Verwandten hierselbst aufgehalten haben soll, ist gestern mit dem ersten Zuge unter ganz sicherer Begleitung nach Ostrowo transportirt worden. (Gnes. Z.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Deutschland auf der Weltausstellung in Philadelphia.** Die Liste der Firmen und Personen, welche sich in Deutschland zur Beschickung der Weltausstellung in Philadelphia gemeldet haben, ist jetzt abgeschlossen. Die Anmeldungen, die Anfangs sehr spärlich einliefen, haben in der letzten Zeit ungemein an Zahl und Umfang zugenommen, so daß der Raum, welcher der deutschen Ausstellung in den Ausstellungsräumen zu Philadelphia zugetheilt ist, ein sehr beschränkter sein wird, wenn nicht noch mehrere Anmeldungen, wozu Anzeichen vorhanden sind, zurückgezogen werden. Die Zahl der deutschen Aussteller wird sich auf ca. 650 belaufen. Der Ausstellungsraum, welcher Deutschland zugewiesen ist, hat eine Ausdehnung von 28000—29000 englischen Qu. Fuß (der englische Fuß unterscheidet sich wenig von dem unsrigen). Die Agrikulturhalle wird von Deutschland aus nur in geringem Umfange beschickt werden, da die Ausstellung deutscher Zerealien in Philadelphia nicht angewandt ist, da wohl von Nordamerika Getreide und andere Früchte nach Europa gebracht, aber von uns niemals solche dorthin geschickt werden. Die deutsche Ausstellung in der Agrikulturhalle wird sich deshalb auf Fabrikate aus Felderzeugnissen, welche zum Theil von den deutschen Landwirthen hergestellt werden, wie Biere, Branntweine, Liqueure, Taback, Weine u. s. w., welche alle den Räumen der Agrikulturhalle zugewiesen sind, beschränken.

** **Bank von England.** Die bereits vor Kurzem vorausgesagte abermalige Erhöhung des Diskontosatzes der Bank von England (von 2½ auf 3½ pCt. ist gestern erfolgt. Eine Privatdepesche besagt sogar, daß anfänglich die Absicht bestanden habe, den Diskont gleich um 1½ pCt. zu erhöhen und wird gleichzeitig hinzugefügt, daß event. in den nächsten Tagen eine fernere Diskontoerhöhung folgen würde, wenn die Verhältnisse nicht eine schnelle Wendung zum Besseren machen. Unterdessen bessert sich, wie die „B. B. Z" mittheilt, der Status der Preußischen Bank fortgesetzt, so daß die Wahrscheinlichkeit einer auch hier bevorstehenden Diskontoerhöhung abnimmt.

** **Odessa.** [Der Makrelenfang] ist in der vergangenen Saison besonders ergiebig gewesen. Der „Neur. Telegraph" enthält die Notiz, daß in 52 Fischereien in der Umgegend von Odessa, von Otschakow bis zum Dorf Bussaka vom 1. Mai bis zum 10 September ca. 30000000 dieser Fische gefangen worden sind, ein Fang, wie er in dieser Reichhaltigkeit unerhört ist.

Vermischtes.

* **Der Humor der Kölner** beschäftigt sich gegenwärtig mit der neben der A. Schaaffhausen'schen Bank liegenden Effektenbank. Man erzählt, in dem Gebäude der Effektenbank werde ein großartiger Gasthof mit dem Schilde: „Hotel zum Reinfall bei Schaaffhausen" etablirt.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 15. Oktober. Nach der „Nationalzeitung" verlautet nunmehr, daß der Staatssekretär v. Bülow heute Mittags Berlin verließ, um sich dem kaiserlichen Gefolge anzuschließen. Graf Herbert v Bismarck begleitet denselben.

Berlin, 15. Oktober. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, welche den Reichstag zum 27. Oktober einberuft, und bestätigt die Meldung der „Nationalzeitung" betreffs der Theilnahme des Staatssekretärs v. Bülow an der Kaiserreise an Stelle des Fürsten Bismarck.

München, 15 Oktober. Die Adresse der Kammer ist an das Oberhofmeisteramt zur Weiterbeförderung an den König abgegeben worden. Der König wohnt heute in Hohenschwangau der Geburtstagsfeier der Königinmutter bei. Heut Vormittag um 9 Uhr war Ministerrath.

Pruntrut, 15. Oktober. Die katholische Synode des Kantons Bern beschloß die Abschaffung des Priesterzölibats, der obligatorischen Ohrenbeichte und des öffentlichen Tragens der Soutane.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

(Beilage.)